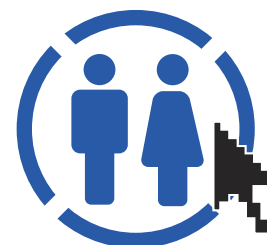


Münchener Forum

Digitalisierung im Gesundheitswesen



Als wirklich fachübergreifende Veranstaltung hat sich das Münchener Forum 2019 erwiesen: Das Thema „Gesundheitswesen im Wandel“

hat auch zahlreiche ver.di-Mitglieder aus dem Pflegebereich ins Münchener Gewerkschaftshaus gelockt.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) werde das Gesundheitswesen grundsätzlich verändern, davon zeigte sich Moderator Ulrich Bareiß, Arbeitskreis Ingenieure und Naturwissenschaftler (AIN) der Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen, überzeugt. Deshalb habe man die Kolleg*innen vom Fachbereich 3 (Gesundheit) eingeladen, um hier „eine Brücke in ver.di zu bauen“.

Fotos: Ulrich Bareiß (2)



Arina Wolf

Einen umfassenden Einblick in die Digitalisierung im Gesundheitswesen, in E-Health und Telemedizin gab Christian Humburg (mti, Meister*innen, Techniker*innen, Ingenieur*innen). Die Digitalisierung, so Humburg, bedeute eine Neuausrichtung des klassischen Arbeitsplatzes und verändere die Kommunikation. Man müsse sich

bewusst sein, dass Daten ein weltweiter Pool sein können, auf den jederzeit zurückgegriffen werden könne. Der verantwortungsvolle Umgang mit diesen Möglichkeiten müsse von den Mitarbeiter*innen erlernt werden, deshalb sei es ein Thema für ver.di.

Die Vernetzung von Patientendaten verschiedener Ärzte solle im



Christian Humburg

Idealfall zu neuen Therapieformen führen. Dabei sollte der Zugriff auf die Patientendaten aber nicht zu neuen Geschäftsmodellen und nicht zum gläsernen Patienten/Arbeitnehmer führen. Dafür müssen die Digitalkompetenzen von Ärzten und Patienten erhöht werden.

Ärzte haben eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung von digitalen

Anwendungen im Gesundheitswesen, unterstrich Humburg. Die ethische Herausforderung sei durch die Digitalisierung gestiegen.

Wo die Digitalisierung bereits zum Einsatz kommt, schilderte Humburg abschließend: etwa in der mobilen Pflege, als Assistenzsysteme und Sensoren für Senioren bei der möglichst langen Erhaltung eines selbstständigen Lebens, bei der Telemedizin als „Sprechstunde im Wohnzimmer“, demnächst bei den Rettungsdiensten, bei Bewertungsplattformen wie www.healthon.de. Insgesamt seien bereits mehr als 100.000 Gesundheits-Apps im Einsatz für Selbstmanagement, Therapietreue und Prävention. Für ein Digitales Versorgungsgesetz (DVG) müsse das Sozialgesetz-

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein turbulentes Jahr liegt hinter uns: Bundesfachgruppenkonferenz, Bundesfachbereichskonferenz und mti-Bundeskonferenz, gekrönt im ver.di-Gewerkschaftskongress im Herbst 2019 in Leipzig. Aber auch dieses Jahr wird es keinen Stillstand, keine Ruhephase geben. Denn wir sondieren die künftige Zu-

sammenarbeit mit anderen Fachgruppen und anderen Fachbereichen und engagieren uns stark im Gründungsvorstand des zu schaffenden neuen Fachbereichs A, der auch noch einen richtigen Namen braucht.

Wie in 2019 beschlossen, ist die „Mobilität der Zukunft“ eines unserer Schwerpunktthemen in der Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen. Hier haben wir mit grundlegenden Recherchen

Foto: Chr. v. Polentz



begonnen. In dem Zusammenhang gibt es den engen Schulterschluss mit mti, den Meister*innen, Techniker*innen, Ingeni-

eur*innen, die im nächsten Münchener Forum im Herbst 2020 das Thema „Mobilität der Bürger*innen“ behandeln wollen.

Zum Jahresauftakt wünschen wir Euch ein erfolgreiches Neues Jahr und uns allen eine gute Zusammenarbeit. ■

Mit kollegialen Grüßen,
Matthias Träger

Bundesvorsitzender der Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen

Weiter von Seite 1

buch V angepasst werden. Für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gebe es Onlinekarten für die Barrierefreiheit (www.wheelmap.org), um nur einige Beispiele zu nennen.

Über die elektronische Gesundheitskarte sprach Thomas Fischer, der an der Entwicklung beteiligt war. Die Patientendaten sollten dabei in einem geschützten System der Telematik-Infrastruktur geborgen sein. Die wichtigen Stichworte sind daher neben der

Verfügbarkeit auch die Vertraulichkeit der Daten und die Integrität der Datenbearbeiter und -nutzer.

Die Patientendaten werden in diesem Telematik-System, das 2021 an den Start gehen soll, pseudonymisiert, nicht anonymisiert, sie können also wieder zugeordnet werden. Fischer zeigte sich aber überzeugt: „Im Gegensatz zu anderen Großprojekten ist alles sehr genau dokumentiert und wird sicherheitsmäßig dauernd angepasst.“ Da die Ärzte mit den elektronischen Patientendaten im Telematik-System aber die Daten-

hoheit über ihre Patienten verlor, sei der Widerstand von Seiten der Mediziner stark.

Einen Bericht aus der Praxis bei der Einführung der Digitalisierung in der Pflege und im Pflegenotstand gab Arina Wolf vom Fachbereich 3 bei ver.di Bayern. Für sie ist wichtig, dass die Digitalisierung in der Anwendung „intuitiv machbar“ sein müsse, damit sie auch eingesetzt werde. Betriebs- und Personalräte müssten aber darauf achten, dass sie nicht der Überwachung des Personals dienen. Dabei stellte Wolf die Frage: Spart

man wirklich Zeit oder werden die Datenbegehrlichkeiten so viel größer, dass der ganze Zeitvorsprung aufgesogen wird durch die wachsende Zahl der Messungen?

Für die Gewerkschaft müssen für Wolf neben der Qualifizierung der Mitarbeiter*innen in der digitalisierten Pflege auch Ethikfragen im Vordergrund stehen. Eine davon sei eine solidarische Finanzierung der Pflege in Krankenhaus und Altenheimen, damit sie für alle zugänglich bleibe. ■

Susanne Stracke-Neumann

Augenoptik

Neuer Tarifsekretär im Fachbereich

Für die Tarifverhandlungen bei Apollo Optik gibt es einen neuen Tarifsekretär im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie: Jan Schulze-Husmann.

Schulze-Husmann, gelernter Buchhändler und erfahren im Buchverlagsbereich, ist im Fachbereich kein neues Gesicht. Allerdings hat er sich bisher als Ehrenamtlicher auf allen Ebenen des Medien-Fachbereichs engagiert, unter anderem im Bundesfachgruppenvorstand Verlage, Druck und Papier, um den er sich jetzt als hauptamtlicher Gewerk-



Foto: Susanne Stracke-Neumann

Jan Schulze-Husmann

schaftssekretär mit dem Schwerpunkt Tarifarbeit auch kümmern wird.

Ursprünglich, so erzählt der Bonner Schulze-Husmann lächelnd, wollte er Jura studieren, um ein „Anwalt der Entrechteten“ zu

werden. Doch das Bonner Jurastudium war sehr konservativ strukturiert und schreckte ihn eher ab. Da war die politische Arbeit im Asta interessanter für ihn. Schließlich begann er eine Ausbildung in einer guten Fachbuchhandlung, an die er gerne zurückdenkt, ebenso wie an die Berufsschule, die viel Einblick auch in andere Branchen gewährt hat.

Seine Erfahrungen aus dem Einzelhandel werden ihm jetzt bei der Betreuung von Apollo Optik zugutekommen, da ist er sich sicher. Denn die Situation mit wechselnden Arbeitszeiten und langen Öffnungszeiten ist ihm aus eigenem Erleben bekannt. Ebenso die damals im Buchhandel üblichen befristeten Verträge. Dass die Arbeitszeiten im Einzelhandel die gewerkschaftliche Arbeit sehr erschwerten, wie Ralf Olbrich, Vertreter der Augenoptiker*innen im Bundesvorstand der Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen, immer wieder erleben muss, ist auch Schulze-Husmann vertraut.

Als Arbeitnehmer in der Buchbranche in die Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) einzutreten, war für Schulze-Husmann selbstverständlich. Als Gründungsdelegierter hat er dann den Zusammenschluss zur Vereinten

Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im Jahr 2001 erlebt.

Im renommierten Kölner Fachbuchverlag, in den er wechselte, landete Schulze-Husmann bald im Betriebsrat, war später Betriebsratsvorsitzender. Erfahrung für seine heutige Arbeit als hauptamtlicher Tarifsekretär hat er als Ehrenamtlicher in der Tarifkommission für Buch- und Zeitschriftenverlage in Nordrhein-Westfalen ebenfalls schon gesammelt.

In der Augenoptik nun ein thematisch ganz neues Feld zu bearbeiten, findet Schulze-Husmann sehr spannend. Die ersten konkreten Erfahrungen als Tarifsekretär werden nicht lange auf sich warten lassen: Im März 2020 läuft der gegenwärtige Gehaltstarifvertrag bei Apollo Optik aus.

Noch pendelt der Sammler politischer Sachbücher zwischen Berlin und dem Rheinland hin und her. Der Vater zweier Töchter, die bereits zum Studium außer Haus sind, hat auf dem Berliner Wohnungsmarkt bereits eine Bleibe in der Hauptstadt gefunden. Als Fan von Werder Bremen – seine Familie stammt ursprünglich aus Bremerhaven – hat es der Sportfan zurzeit nicht ganz leicht. Aber er interessiert sich auch für die vielfältige Berliner Sportszene, und die hat ja einiges zu bieten an Abwechslung. ■

Susanne Stracke-Neumann

Apollo Optik

EssilorLuxottica kauft Apollo-Mutter Grandvision

Der Konzern EssilorLuxottica, bekannt für die Marke „Ray Ban“, will den Augenoptik-Konzern GrandVision kaufen, zum dem Apollo Optik mit fast 860 Filialen und dem Stammwerk im fränkischen Schwabach gehört.

Wie EssilorLuxottica bestätigte, soll es sich um einen Kaufpreis von rund 7,2 Milliarden Euro handeln. GrandVision hat in 44

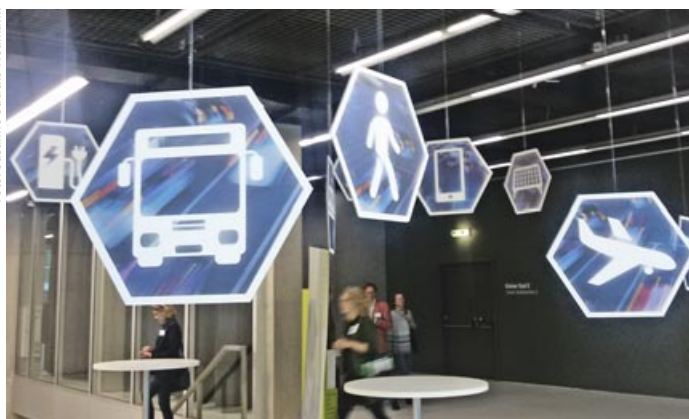
Ländern weltweit rund 7000 Filialen. EssilorLuxottica bietet 28 Euro pro Aktie, ein Preis, der noch auf 28,42 steigen könnte. Apollo wurde 1972 gegründet und gehört seit 1998 zu GrandVision. Apollo Optik hat einen Haustarifvertrag, der die Gehälter bis März 2020 regelt. Dann gibt es neue Haustarifverhandlungen. ■

Ralf Olbrich

Mobilität der Zukunft

Allianzen schaffen, Leitprojekte definieren

Foto: Susanne Stracke-Neumann



Unter der Überschrift „Baustelle der Mobilität: Leitprojekte für die Verkehrswende“ lud die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin zu Vorträgen und Diskussionen. Ellen Ueberschär vom Vorstand der Stiftung betonte dabei die Bedeutung von Allianzen für eine künftige ökologische Mobilität, auch mit den Gewerkschaften.

Christian Hochfeld, Geschäftsführer der „Agora Verkehrswende“, einer gemeinsamen Initiative der Stiftung Mercator und der European Climate Foundation, stellte zu Beginn der Veranstaltung die Ausgangslage für Schlüsselprojekte der Verkehrswende vor. Dabei machte er Mut, dass die Dekarbonisierung des Verkehrs bis 2050 erreichbar sei: „Wir müssen nur wollen. Aber wollen müssen wir schon!“

Die Verkehrswende sei eine Dauerbaustelle mit den Faktoren Mobilitätswende und Energiewende im Verkehr, so Hochfeld. Dabei müsste unnötiger Verkehr vermieden, Verkehrsmöglichkeiten verbessert und die nötige Energie reduziert werden. Bisher habe es keine Senkung der Emissionen aus Verkehr in absoluten Zahlen gegeben. Daher müsse die Besteuerung und Finanzierung des Verkehrs reformiert und die Elektromobilität zum Erfolg geführt werden. Die Sektoren Energie und Verkehr sollten enger gekoppelt,

der Ausbau von Schiene und Radwegen ernst genommen und Verhaltensänderungen unterstützt werden. Da Autos im Durchschnitt 94 Prozent der Zeit „herumstehen“, müsse die Nutzung des öffentlichen Raums neu gedacht werden. Der Pendlerverkehr sei bisher „der blinde Fleck“ der Verkehrswende, die Veränderungen könnten in den Städten größer sein als auf dem Land.

Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Deutscher Industrie (BDI) unterstrich, dass viele Angebote für ein anderes Verkehrsverhalten nicht genutzt würden, da sie offenbar noch nicht als positiv genug wahrgenommen würden. Susanne Henckel, Geschäftsführerin des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) hielt dagegen, dass die Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zunehmend kontinuierlicher genutzt würden. Es würden mehr Schienen und Fahrzeuge gebraucht, doch zusätzliches Geld dafür gebe es erst jetzt. „Wir brauchen einen langen Vorlauf“ für die Umsetzung, so Henckel. „Wir bauen unter dem rollenden Rad.“ Sie plädierte dafür, zu Fuß gehen als Anschlussmobilität durch einen Umbau des öffentlichen Raums zugunsten der Fußgänger attraktiver zu machen. Dass die Bahn „systematisch kaputtgespart“ worden sei, beklagte auch der verkehrspolitische

Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Cem Özdemir. Das müsse sich „dramatisch verändern“.

Ein Thema, das gerade immer wieder in der Diskussion auftaucht, ist die Mobilität auf dem Land. 41 Prozent der Menschen leben in Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohnern, erklärte Uta Bauer vom Deutschen Institut für Urbanistik. 20 Millionen Pendler seien täglich unterwegs, davon zwei Drittel mit dem Auto. Die innovativen Mobilitätsangebote beschränkten sich aber meist auf die großen Städte. Constantin Pitzen vom Projekt „Büro autoBus“ erläuterte, dass bei einer Fahrplangestaltung, die sich nicht nur an Schulzeiten, sondern auch am Bahnverkehr orientiere und Knotenpunkte beachte, bei gleichen Ressourcen eine deutliche Kundensteigerung möglich sei. Langfristig müsse sich der öffentliche Verkehr in ländlichen Regionen auf autonomes Fahren einstellen, ehrenamtlich getragene Busverbindungen seien keine Lösung.

Bundestagsabgeordneter Stefan Gelbhaar (Bündnis 90/Grüne) monierte, dass sich der Staat stark aus der Fläche zurückgezogen habe. Durch kommunale Zusammenlegungen seien die Wege „zum Amt“ verlängert worden, durch Rückzug des Einzelhandels die Wege zum Einkaufen. Die Frage sei, wieviel sich ein Land die Verkehrs-Daseinsvorsorge kosten lassen wolle. Tobias Kremkau, der bei der Einrichtung von „Co-working Places“ berät, empfahl „Dorfbüros“, um Pendlerwege einzusparen. Arbeit könne dezentraler organisiert werden, damit sich die ländlichen Regionen nicht entvölkern. Allerdings nur mit verbessertem Internet. ■

Susanne Stracke-Neumann

www.agora-verkehrswende.de

Informationen

Mobilitätsatlas 2019



Daten und Fakten zur Verkehrswende. Der Mobilitätsatlas umfasst in 19 Beiträgen die wichtigsten Handlungsfelder und Lösungsansätze für klimafreundliche Mobilität. Mit vielen Infografiken.

<https://tinyurl.com/rmaeey>

Böll Brief

Grüne Ordnungspolitik #12: Umweltfreundlich mobil in ländlichen Räumen. Stellschrauben für eine flächendeckende Verkehrswende. September 2019.

<https://tinyurl.com/r4l35xq>

Böll Thema

19 – 3: Wohin soll die Reise gehen? Über die Zukunft der Mobilität.

<https://tinyurl.com/vpwoexo>

Dossiers über die Verkehrswende

<https://tinyurl.com/yxy9ef68>

Alternativen

„Mobilität effizient gestalten“

Die Deutsche Energie-Agentur dena verfolgt das Ziel, den ökologischen Fußabdruck von Straßenverkehrsteilnehmern zu verringern: „Effiziente Mobilität heißt: alternative Antriebe und Kraftstoffe, Nutzung effizienter Verkehrsmittel, Einsatz von Mobilitätsmanagement und innovativer Informationstechnologien.“ ■

<https://tinyurl.com/thu7thl>

Werkstatt Gute Arbeit 2019

Information – Austausch – Vernetzung – Impulse: Wo drückt der Schuh?

Seit über zehn Jahren wird das ver.di-Projekt Gute Arbeit durch einen jährlichen Workshop begleitet. Dieses Mal waren viele neue Gesichter dabei.

Einen umfassenden Überblick über die laufenden Projekte im Bereich Innovation und Gute Arbeit gab Dr. Nadine Müller. Auf dem ver.di-Bundeskongress im September wurde der zum Ressort 7 gehörende Bereich Innovation und Gute Arbeit vom neu gewählten Bundesvorstand Christoph Schmitz übernommen. Die Herausforderung Künstliche Intelligenz (KI) soll in eine Empfehlung für kollektive Regelungen münden.

Der Bereich Innovation hat viele Tarifverträge begleitet und Gute Arbeit in betrieblichen Projekten unterstützt. Das Ziel ist Gute Arbeit dauerhaft in Betrieben und Verwaltungen zu etablieren. Als neue Projekte gibt es mit dem IBM Watson eine Anwendungsstudie, ein Brückenprojekt Qualifizierung und das Projekt DIGILAB, wo das virtuelle Ehrenamt Thema ist.

Alle Referate und Praxisbeispiele wurden von den zirka 50 Teilnehmern intensiv diskutiert. Die Teilnehmer*innen konnten eigene Betriebserfahrungen reflektieren, Erkenntnisse gewinnen und Anderen Impulse geben. Auch die Rückmeldungen an den Bereich Innovation waren auf der Veranstaltung ein prägendes Element.

Als erstes Praxisbeispiel stellte die Personalrätin Verena Blix die Gefährdungsbeurteilung zur psychischen Belastung als kontinuierlichen Prozess vor und berichtete von den Erfahrungen bei der Hamburger Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz. Bereits 2012/13 fand die erste Stufe dazu statt und für 2017/18 wurde eine Evaluation vereinbart. Dabei wurden zum Teil andere Fragen

als 2013 gewählt und die Führungskräfte wurden eingebunden. Da den Befragten oft nicht klar sei, ob es sich um eine Befragung des Arbeitgebers zur Stimmung oder einen gesetzlichen Auftrag zur Gefährdungsanalyse handelt, wurde ein eigenes Logo entwickelt.

Ergebnis: Führungskräfte haben nur im geringen Maß (rund 57%) Zeit für Führung, auch die Mitarbeiter*innen (50%) sehen das so. Gut war, dass im Vergleich zur ersten Befragung eine Verbesse-

mittlere Führungsschicht dar. Eine Erkenntnis war auch, dass nicht alle für die Digitalisierung umgeschult werden können.

Im nächsten Block stellte Stefanie Mehring, Beraterin und Fachleiterin Arbeitszeit TBS NRW, ein neues, noch nicht veröffentlichtes Workshop-Konzept zum Trendthema „selbstgesteuerte Arbeit“ vor. Hierzu hat sie einen Kriterienkatalog entwickelt. Die Teilnehmer*innen haben selbst das Konzept ausprobiert und rege diskutiert. Die Erkenntnisse waren,

in ihrem Buchgroßhandelsbetrieb vor. Erste Anlaufstelle für den Betriebsrat war der ver.di-Bereich Innovation. Auch die Geschäftsführung wollte den Veränderungsprozess. So kam es zum Kick-off mit der Beratungsfirma und zur Erstellung von konkreten Zeitplänen. Die Führungskräfte wurden bewusst eingebunden und haben trotz anfänglicher Schwierigkeiten gut mitgearbeitet: Eine sehr hohe Rückläuferquote von 89 Prozent und Workshops in allen Abteilungen, für Führungskräfte auch separat, folgten. Ergebnis war, dass



Foto: Ulrich Bäreiß

rung eingetreten war. Für einen erfolgreichen Abschluss sei es wichtig, so Blix, dass das Projekt von der Leitung unterstützt wird, ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden und eine externe Beratung eingebunden wird. Dafür sei vom Betriebs- oder Personalrat ein langer Atem nötig. Die Ergebnisse sollten in einer Dienstvereinbarung münden.

Stolpersteine

Blix ging auch auf Stolpersteine wie Datenfriedhöfe, überhöhte Erwartungen, Überfrachtung und überlastete Akteure ein. Ein weiteres Problem stelle auch die

dass Selbststeuerung meist nur im vorgegebenen Rahmen möglich ist. Auferlegte Selbststeuerung sei eine potenzielle Gefährdung. Ein Teilnehmer hat dies zugespitzt: „Selbststeuerung ist Augenwischerei und Gehirnwäsche der Arbeitgeber“. Zertifizierung und Standardisierung liefen genau konträr zur selbstgesteuerten Arbeit. Insgesamt sei das Konzept eine gute Grundlage, um miteinander ins Gespräch zu kommen.

Gabriele Ahmling, BR-Vorsitzende, und Michael Gümbel, Organisationsberatung, stellten ihre Befragung zum DGB-Index Gute Arbeit

Arbeitsmenge, Führung, Konflikte untereinander sowie mit Lieferanten und Kunden, sowie die Bürorumgestaltung als belastend empfunden wurden. Derzeit wird umgestaltet, in drei bis vier Jahren soll nachgefragt werden. Wichtig sei es, am Ball zu bleiben und Erfolge zu kommunizieren.

Astrid Schmidt, Referentin ver.di-Bereich Innovation und Gute Arbeit sowie ver.di Fachbereich TK/IT, stellte die neue Befragung „Gute Arbeit bei der Telekom“ vor. Es wurde 2019 überprüft, was seit 2012 passiert ist und wie die getroffenen Maßnahmen greifen, wie sich die Restrukturierungs- ▶

maßnahmen und die Digitalisierung auf die Arbeitsbedingungen auswirkten. Seit 2012 wurde beispielsweise das variable Entgelt entschärft, eine Altersteilzeit vereinbart, die Übernahmekquote erhöht, Tarifverträge zu Belastungsschutz und Mobile Working abgeschlossen, Lebensarbeitszeitkonten eingeführt und in großen operativen Einheiten die Arbeitszeit auf 36 Stunden reduziert.

Zusatzfragen

Zur aktuellen Befragung hat man zum DGB-Index Zusatzfragen zu Flexibilisierung, Belastung, Qualifikation und Digitalisierung hinzugefügt. Weiter hat man für jede Tochtergesellschaft ein Sonderthema entwickelt wie agile Arbeit, Leistungsbemessung, Führung und Gesundheitsschutz. Der Prozess wurde von ver.di durchgeführt und kommunikativ begleitet. Ziel war, durch die Befragung ver.di sichtbar zu machen und neue Mitglieder zu gewinnen. Die Beteiligungsquote lag bei zehn Prozent (12.000 Teilnehmer*innen), trotzdem könne man von einer repräsentativen Aussage sprechen.

Insgesamt war das Ergebnis tatsächlich besser als 2012 und lag über dem Branchendurchschnitt der IKT. Die hohe Arbeitsintensität prägt den Alltag in der Telekom. Als Ursachen für den Leistungsstress werden mangelhafte interne Prozesse, Multitasking und die betriebliche Leistungspolitik angeführt. Ebenso habe die Arbeitsverdichtung zugenommen. 35 Prozent machen kein Home Office, davon würden aber 73 Prozent das gern tun.

Als Hauptgründe dafür werden ungestörtes und konzentriertes Arbeiten angeführt. Dabei sei es fast egal, ob man in einem Büro mit bis zu sechs Kolleg*innen sitze oder in einem Großraumbüro.

Die Unterlagen der Veranstaltung sollen demnächst unter ver.di Innovation im Netz nachzulesen. ■

Ulrich Bareiß

<https://tinyurl.com/s95d6wp>

Kommentar

Stellenabbau in der Automobilindustrie

Derzeit überschlagen sich die Pressemeldungen zur Krise in der deutschen Automobilindustrie, jeden Tag eine neue Hiobsbotschaft. Doch ist die Krise wirklich so plötzlich gekommen und wirklich neu, oder war es vorhersehbar? Letztes Jahr gab es eine unveröffentlichte Studie des Fraunhofer-Institutes im Auftrag der IG Metall. Hier war ein klarer Personalabbau in der deutschen Automobilindustrie prognostiziert worden: Es war von über 100.000 Arbeitsplätzen die Rede.

Nun hat der schleichende Prozess eine Beschleunigung erfahren: VW, Daimler, Audi und BMW verkünden drastische Sparprogramme.

Die Gründe sind:

- Dieseldgate, Vertrauensverlust der potenziellen Käufer und die Umweltdebatte sorgen für die aktuellen Einbrüche.
- Für die junge Generation ist das Auto kein Statussymbol mehr. Große Städte verfügen über ein gutes öffentliches Mobilitätsangebot.
- Globale Produktionsverlagerungen nach Mexiko oder bei VW in die Türkei, um Handelschranken zu umgehen.
- Zusammenschluss von Herstellern (aktuell Fiat/Chrysler und PSA).



Foto: Chr. v. Polentz

Es war abzusehen, dass es in Zukunft nur noch wenige Hersteller geben wird; über eine Zusammenarbeit zwischen BMW und Daimler kann spekuliert werden.

Aktuell spielt die E-Mobilität noch keine Rolle, außer dass der eine oder andere Käufer wartet. Aber wenn sich das flächendeckend durchsetzen sollte, dann führt dies auf Grund der geringeren Fertigungstiefe zu massivem weiterem Abbau.

Die Brennstoffzelle wird auch immer wieder diskutiert, ist jedoch komplexer als gedacht und derzeit leider kein Thema. Der E-Gas-Antrieb dagegen spielt keine Rolle, da es keine staatliche Förderung gibt. Die Digitalisierung in den Fabriken wird zur weiteren Rationalisierung eingesetzt, ein schleichender Prozess. Außerdem gibt es nicht ausgelastete Autowerke im Inland. Audi ist dabei zusätzlich noch ein Sonderfall, denn man war zu lange mit sich selbst beschäftigt und die Belegschaft ist stark verunsichert.

All diese Faktoren beschleunigen den Wandel der Automobilindustrie. So ist es auch kein Wunder, dass beim Autogipfel in Berlin eine Milliarde Euro Hilfe zugesagt wurde, dass Bayern mit 300 Millionen Euro BMW und Audi sponsert, dass Brandenburg 300 Millionen Euro Zuschuss für Tesla gibt. All dies wurde, im Gegensatz zur Debatte über die Grundrente, in kürzester Zeit entschieden. Mit großer Spannung ist daher die im Frühjahr beginnende Tarifrunde in der Metallindustrie zu sehen, das Thema Beschäftigungssicherung wird wohl im Vordergrund stehen.

Ingolstadt ist von der Boomregion schon deutlich abgerutscht, was den Audi-BR, die IGM und den Oberbürgermeister zu einem gemeinsamen „Bettelbrief“ an die Bundeskanzlerin veranlasst hat. Die Rede ist von insgesamt über 9.500 wegfallenden Stellen. Der Ingolstädter Oberbürgermeister befürchtet laut „Donaukurier“, dass fünf bis sieben Prozent der sozialversicherungspflichtigen Jobs wegfallen werden, und will deshalb die Wirtschaftsförderung für den Mittelstand ausbauen. ■

Ulrich Bareiß
ehemaliger Betriebsrat der Audi AG

Intergeo

2020 wieder in Berlin zu Gast

Die internationale Leitmesse für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement zog mit der „Conference“, ihren Themenplattformen „Interaerial Solutions“, „Smart City Solutions“, „Geocareer“ und „Campus Geoinnovation“ 20.000 Besucher aus über 100 Ländern in die Stuttgarter Messehallen.

705 Aussteller präsentierten ihre Lösungen rund um Geodäsie, Geo-IT, Geoinformatik, Building Information Modeling BIM, Drohnen und Smart City.

Im Jahr 2020 findet die Intergeo vom 13. bis 15. Oktober 2020 in Berlin statt. Hier setzt die Ausstellung und die Konferenz auf

thematische Schwerpunkte wie Drohnentechnologie, Smart Cities oder Künstliche Intelligenz. Für junge Unternehmen mit Sitz in Deutschland bietet die Intergeo eine besondere Gemeinschaftsfläche an. Ihre Messebeteiligung wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert. ■ sus

Interview

„Gucken, wie die Finanzströme laufen“

Zur Bearbeitung der vom Kongress übrigen Anträge im Gewerkschaftsrat und den Zukunftsfragen des Fachbereichs A

Beim Gewerkschaftskongress in Leipzig konnten rund 100 Anträge aus Zeitgründen nicht bearbeitet werden. Sie wurden an den Gewerkschaftsrat weitergeleitet. Was damit passiert, darüber sprach der Industrie-Report/mti-Info Ende Oktober mit Werner Filipowski (GR-Mitglied, entsandt von der Personengruppe Meister*innen, Techniker*innen, Ingenieur*innen [mti]). Er widmet sich außerdem als Mitglied der Fachgruppe Industrie/ Industrielle Dienstleistungen im Fachbereich 8 (Medien, Kunst und Industrie) der Arbeit im Gründungsausschuss für den neuen Fachbereich A, in dem sich vier heutige Fachbereiche (1, 2, 8, 9) zusammenschließen.

Wie sind die verschiedenen Anträge beim Gewerkschaftskongress in Leipzig eingeteilt worden? Was ist dort behandelt worden, was ist nicht behandelt worden, nach welchen Kriterien ging das?

Der Gewerkschaftsrat hat Ende November getagt und die Anträge bearbeitet. Der Antrag, welcher der Personengruppe mti und der Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen sehr wichtig war, wurde abgelehnt. Es ging darum, dass auf dem Eintrittsformular die Möglichkeit bestehen sollte, sich selbst mit einem Häkchen der Personengruppe mti zuzuordnen, zusätzlich zur Fachgruppeneinteilung durch die branchenspezifische Tätigkeit. Begründet wurde die Ablehnung mit der Unübersichtlichkeit der bisherigen Beitrittserklärung, sowie der Möglichkeit, entsprechende Daten im Rahmen des Begrüßungsprozesses nachträglich abzufragen.



Filipowski: Also grundsätzlich sind die Anträge zunächst einmal in Teilgebiete klassifiziert worden. Dann ist man hingegangen und hat je nach Teilgebiet die Anträge aufgerufen, wo es Wortmeldungen gab. Man musste bis zum zweiten Kongresstag seine Wortmeldung abgeben, damit die Kongressleitung einen Überblick bekommt, wieviel Anträge in die unmittelbare mündliche Beratung gehen. Danach hat man die Anträge mit Wortmeldungen angefangen abzuarbeiten. Sobald alle Wortmeldungen abgearbeitet waren, hat man aus dem gesamten Themenblock die restlichen Anträge ohne Wortmeldung im Block abgestimmt. So ging das bei allen einzelnen Themengebieten.

Es sind dann rund hundert Anträge für den Gewerkschaftsrat übriggeblieben. Ihr habt allerdings als Gewerkschaftsrat darauf geachtet, dass die Anträge des Gewerkschaftsrats vor allen Delegierten behandelt werden. Warum war euch das so wichtig?

Bundesvorstand und der Gewerkschaftsrat haben Leitanträge in den Kongress eingebracht. Es wäre fatal gewesen, wenn diese Anträge an den Gewerkschaftsrat zurückverwiesen worden wären, da sie die Meinung des Gewerkschaftsrats dargestellt haben, und es aus unserer Sicht wichtig war,

dass der Kongress darüber beraten konnte. Deshalb war es uns gegen Ende des Kongresses so wichtig, dass diese Anträge vorrangig abgehandelt wurden, um auch kein „Geschmäcke“ aufkommen zu lassen.

Wie geht der Gewerkschaftsrat mit den weitergeleiteten Anträgen vor?

Grundsätzlich sind ja nur Anträge an den Gewerkschaftsrat verwiesen worden, wo es noch Wortmeldungen gab. Da hatten die Delegierten vier Wochen Zeit, noch mal das, was sie mündlich im Kongress darstellen wollten, schriftlich dem Gewerkschaftsrat zuzuleiten. Diese Empfehlungen gehen noch mal in die Antragberatungskommission, die dann ihre eigenen Empfehlungen überdenken kann. Dann berät der Gewerkschaftsrat diese einzelnen Anträge noch mal. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass nicht überall, wo es Wortmeldungen gab, das auch schriftlich noch mal kommentiert wird.

Themenwechsel: Du bist für die Fachgruppe Industrie im Gründungsausschuss für das neu zu schaffende Fachbereichsbündel A. Darin gibt es vier Arbeitsgruppen. Du hast dir die Arbeitsgruppe ausgesucht, die sich auch um die Finanzen kümmert. Warum gerade die?

Dieser Arbeitskreis A befasst sich nicht nur mit den Finanzen, sondern auch mit der Fachgruppenstruktur in den zukünftigen Fachbereichsbündeln. Einerseits habe ich natürlich das Interesse, die Fachgruppe Industrie, die ich gerne repräsentiere, dort zukünftig vernünftig wiederzufinden. Da ich mich traditionell mit Finanzen beschäftigt habe, schon seit ver.di-Gründung im Haushaltsfinanzausschuss, nachher auch im Präsidium, immer einen Blick auf die Finanzen hatte. Auch in der Budgetierungskommission war es mir ein Anliegen, ein Auge auf die Finanzströme zu haben. Ziel ist es aus meiner Sicht, eine faire Verteilung der Finanzen im Bündel A hinzukriegen.

Du hast aber noch mit einem anderen der vier Themen geliebäugelt. Welches war das und warum?

Es gibt einen Arbeitskreis zu den Eckpunkten Innovation, Transformation, IT, Künstliche Intelligenz. Das ist natürlich auch ein Herzensanliegen von mir, insbesondere wegen der Personengruppe der Meister, Techniker, Ingenieure, die sich damit befasst, aber irgendwo muss man Prioritäten setzen

Wir hoffen dann auf weitere Nachrichten aus dem Gründungsausschuss von dir.

Die Protokolle unserer Sitzungen werden alle veröffentlicht. Wir haben ja auch eine Arbeitsgruppe, die sich um die Kommunikation der Arbeitsstände kümmern wird. In dem Zusammenhang werde ich mich natürlich auch in den Gruppen äußern und darstellen, wie weit wir sind. ■

Das Gespräch führte Susanne Stracke-Neumann

Zukunftsantrieb

Vorteile der Brennstoffzelle

Bei den Mobilitätstagen der Region Neckar-Alb informieren sich Mitglieder der Personengruppe mti (Meister*innen, Techniker*innen, Ingenieur*innen) aus dem Bezirk Fils-Neckar-Alb über wichtige Themen.

Dabei ging es um

- die Mobilität der Zukunft: Wie Zukunftsforscher Sven Gabor Janszky sie sieht, und wie die Firmen der Region an ihr arbeiten,
- regionale Konzepte für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie für mehr und schnellere Radwege,
- und ABS für Pedelecs: Je schneller das E-Bike, desto wichtiger ist es, dass es auch bei heftigen Bremsmanövern stabil bleibt.

Lösungen für die Zukunft der Mobilität referierte der Vorstandsvorsitzende Dr. Stefan Wolf von der Fa. ElringKlinger aus Dettingen/Erms über sein breites Portfolio für alle Antriebstechnologien. Von der Dichtungstechnik, die heute noch in allen Verbrennungsmotoren wichtig ist, bis hin zur Brennstoffzellentechnik gingen die gezeigten Beispiele.

Wo steht die Brennstoffzellentechnik heute? Die Vorteile der Brennstoffzelle sind schon lange bekannt: Im Gegensatz zu einem E-Auto mit Batteriespeicher wird

der elektrische Strom direkt an Bord erzeugt. Auch die Gewichtsersparnis ist positiv, denn es braucht keinen schweren Akku. Dafür wird einfach Wasserstoff getankt – und entsprechend kurz fällt der Stopp aus. Somit wäre auch das Reichweitenproblem gelöst. Die noch hohen Kosten und die fehlende Tankstellen-Infrastruktur gelten als Hauptgründe, warum der Durchbruch noch nicht gelingen mag. Das werde sich jedoch ändern, weshalb sich die Firma auf eine verstärkte Nachfrage einstellt. Vorausgesetzt die Politik spielt hier mit!

Wolf machte auch auf das Herz des Antriebsstrangs aufmerksam, den wir auf dem Stand der Firma angeschaut haben. Weitere Zukunftstechnologien im Portfolio sind: Komplette Batteriesysteme und Kunststoff statt Metall. Zum letzteren ein Beispiel: Bei der Herstellung der Cockpitquerträger wird ein innovatives Verfahren angewandt, das Metallinnenhochdruck-Umformung mit Kunststoffspritzguss in nur einem Prozessschritt vereint.

Die Vorteile beider Werkstoffe sind eine hohe Form- und Maßgenauigkeit von komplexen Geometrien mit minimalen Toleranzen und eine hohe Strukturfestigkeit im Crashfall. ■

Karl Eisele

ver.di-Innovationsbarometer

Künstliche Intelligenz

Das ver.di-Innovationsbarometer 2019, das sich mit Künstlicher Intelligenz befasst, ist erschienen.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen deutliche Defizite beim Einsatz von KI-Systemen. So

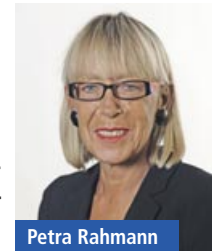
fürchten 66 Prozent der befragten ver.di-Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräte in betroffenen Unternehmen, dass die Zahl der Arbeitsplätze durch den KI-Einsatz sinken wird. ■

<https://tinyurl.com/r9hgmha>

Ehrenamt

Eine gefragte Gesprächspartnerin

Petra Rahmann ist als engagierte Ehrenamtliche in ver.di eine gefragte Gesprächspartnerin, zum Beispiel als Mitglied im Verwaltungsrat der Techniker-Krankenkasse.



Petra Rahmann

Foto: privat

sieht sie keine Belastung, sondern eine Stärkung der Persönlichkeit und auch viel Spaß, und sagt: „Ohne Ehrenamt kann eine Gesellschaft einfach nicht existieren.“

Im sozialpolitischen Ausschuss des Verwaltungsrats der TK setzt sie sich schwerpunktmäßig für die Krebsvorsorge ein. Im Widerspruchsausschuss ist ihr Ziel ein sozialer und verträglicher Umgang mit den Krankenkassenmitgliedern.

Im Magazin „Ehrensache“ wurde sie – die auch im Bundesausschuss der Meister*innen, Techniker*innen, Ingenieur*innen (mti) im Präsidium mitwirkt – interviewt zu ihrer Motivation, sich so stark in der Selbstverwaltung der Krankenkasse einzubringen. Sie erklärt dort, ihr Motto sei „Wacker und trefflich“ und fügt hinzu: „Ich bin ein Querdenker und habe Spaß am Leben mit all seinen Verpflichtungen, Auseinandersetzungen und Veränderungen!“ In ehrenamtlichem Engagement

Deshalb investiert Rahmann nach wie vor viel Freizeit in ihre vielfältige ehrenamtliche Arbeit, und zwar „wirklich gerne“.

Ausführlich hat sie ihre Gründe für diesen Einsatz schon zur Sozialwahl 2017 für Industrie-Report/mti-Info beschrieben.

<https://tinyurl.com/tycobjm>

In ver.di NRW ist sie ebenfalls stark im Einsatz. Beim „Landesbetrieb Straßen.NRW“ ist sie eine der Autor*innen des Magazins „ver.di's Nachrichten“ und berichtete in der Novemberausgabe von dem erfolgreichen Tarifaabschluss mit der Autobahn GmbH des Bundes. Es sei ein zähes Ringen gewesen, bei dem ver.di federführend beteiligt war, schreibt sie.

<https://tinyurl.com/t6vwvblk>

■ sus

Praxisbroschüre

Mobile Arbeit gesund gestalten

Das Forschungsprojekt „Mobile Arbeit gesund gestalten“ der Kooperation „prentimo“ hat zum Abschluss eine Praxisbroschüre herausgegeben. In ihr werden Lösungsansätze und -perspektiven für die wichtigen Probleme der mobilen Arbeit vorgestellt, die in enger Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis erarbeitet wurden.

Die Broschüre kann auf der Internetseite von „prentimo“ heruntergeladen werden. ■

www.prentimo.de

Impressum

Herausgeber:

Christoph Schmitz, ver.di-Bundesvorstandsmitglied, zuständig u.a. für den Fachbereich Medien, Kunst und Industrie; Andreas Fröhlich, Ressort 7
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di
Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin
Postanschrift: 10112 Berlin
<http://medien-kunst-industrie.verdi.de/>
E-Mail: fb8.industrie-report@verdi.de

Redaktion: Susanne Stracke-Neumann

Fotos: alle nicht gekennzeichneten ver.di

Layout: einatz, Wolfgang Wohlers

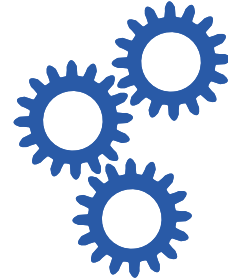
Druck: Gottschalk Druck & Medien, Berlin

Auflage: 1740 Expl. · Januar 2020



Ausbildung

Technikerschulen vor dem Aus?



Die Schülerzahlen an den Technikerschulen gehen zurück. Grund für ein Spitzengespräch in Stuttgart mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik,

Schulen und Gewerkschaften. Gemeinsam versuchte man Wege zur Steigerung der Attraktivität der Technikerqualifikation zu finden.

Einladungen hatte der Verein der Techniker (VdT) mit seinem Geschäftsführer Peter Schühly, denn da die berufliche Erstausbildung abnehme, reduziere sich auch der Nachwuchs für die Technikerschulen.

Stefan Küpper, Arbeitgeberverband Südwestmetall, beklagte das zunehmende „Matchingproblem“ bei der Ausbildung in Richtung Elektronik- und Informatikberufen. Auch die Gewinnung von Frauen habe trotz Werbung keine Fortschritte erzielt. Die Grundsatzfrage sei, wie macht man Berufe so „sexy“, dass sie angenommen werden.

Dr. Michael Stark, Geschäftsführer Gesamtmetall Berlin, betonte, dass man weiterhin gut ausgebildete Facharbeiter als Basis brauche. Dem stehe entgegen, dass der Anteil der Abiturienten an der dualen Ausbildung steigt (zirka 30 Prozent), diese jedoch meist nicht im Betrieb blieben. Die Zahlen hierzu legte Friedrich Holterhoff vom Bundeswirtschaftsministerium vor. Gerade für Techniker sei der Öffentliche Dienst ein attraktiver Arbeitgeber, erklärte Thomas Schwarz, ver.di Baden-Württemberg, und verwies auf die guten Tarifabschlüsse.

Erich Liesecke, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg, berichtete, dass der Trend zum mittleren Abschluss und zur Akademisierung

gehe. Junge Menschen seien eher ortsgebunden und wünschten Fortbildung vor Ort, so seine Erkenntnis. Weiter beklagt er die Unübersichtlichkeit der Ausbildung und die unzureichende Lehrerfortbildung. Das Thema Lernfabrik müsse in den gewerblichen Schulen integriert werden. Hier schlugen die Wirtschaftsvertreter ein gemeinsames Ausbildungsangebot für Ausbilder und Berufsschullehrer vor. Technikerschulen sollten mehr in den Wissenschaftsraum unter Einbeziehung der betrieblichen Situation gehen, so der Vorschlag der GEW. Dieser Hybridisierung konnte Küpper einiges abgewinnen. Er forderte zudem eine flexible, auf Betriebe zugeschnittene Techniker Ausbildung.

Erfolgsmodell

Die duale Hochschule in Baden-Württemberg sei mit 20.000 Studierenden ein Erfolgsmodell, so Küpper. Schwarz ergänzte, auch im Bereich Handel setze zum Beispiel Lidl verstärkt auf das eigene duale Studium. Daher müssten sich die Technikerschulen in ihrer Stellung neu definieren, sowohl im Alleinstellungsmerkmal, als auch im Weiterbildungselement. Der Techniker 4.0 sei kein IT-Techniker, sondern die IT müsse in alle Bereiche gebracht werden, so Dr. Johanna Farnhammer, Leiterin einer privaten Technikerschule.

Ein weiteres Problem stelle die unterschiedliche Zuständigkeit der Ministerien dar. So arbeiteten das Kultusministerium (zuständig für Technikerschulen) und das Wissenschaftsministerium (zuständig für Hochschulen) nicht miteinander, sondern eher gegeneinander, war der Eindruck. Damit die Anrechnung und Durchlässigkeit auch wirklich funktioniere, sei eine klar geregelte gegenseitige Anerkennung der Creditpoints (cts) zwingend erforderlich. Dann könnten Studienabbrecher in der Technikerschule ihre Qualifikation abschließen und umgekehrt Absolventen von Technikerschulen ihren Bachelor machen.

Dem Vorschlag von Ulrich Bareiß, Vertreter mti-Bundesausschuss, der ver.di-Vertretung der Meister*innen, Technikerinnen, Ingenieur*innen, zur Einführung einer Bildungsteilzeit – staatlich gefördert oder über Tarifvertrag –, um die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu steigern, konnten die Arbeitgeberverbände nichts abgewinnen. Sie schlugen stattdessen flexible Teilzeitmodelle in Kooperation mit den Firmen vor.

Weiter prangerte Bareiß die Teilnehmergebühren an den Technikerschulen an. Hier war man sich einig, dass dies eine Ungerechtigkeit darstelle und entfallen müsste. Ein Studium, das auch zum Deutschen Qualifikationsrahmen auf Niveau 6 führt, sei

schließlich auch kostenfrei. Schwarz ergänzte, die Befreiung von Gebühren bei Erzieherinnen und in der Altenpflege sei ein erster Schritt gewesen, das müsse fortgesetzt werden.

Berufsbegleitende Informationen

Kritisiert wurde das Marketing von Hochschulen, aber auch Berufsschulen. Die berufsbegleitenden Informationen seien besser zu strukturieren. Farnhammer stellte dar, dass private Schulen im Gegensatz zu staatlichen Einrichtungen schneller und flexibler reagieren könnten. Sie würden auch speziell um Studienabbrecher werben und diese bekämen bis zu einem Jahr angerechnet. Jedoch hätten durch Veränderungen an den Technikerschulen auch viele Lehrer Angst um ihren Job. Als Ziel möchte Schühly ein Thesenpapier erstellen, dazu diene das Spitzengespräch. Der zwanglose Austausch der Argumente und Ideen war ein guter Start und sollte von den Verbänden und Gewerkschaften im Sinne der Techniker Ausbildung und Qualifikation weiter vertieft werden.

Der mti bleibt am Thema dran. ■

Ulrich Bareiß

Zum Deutschen Qualifikationsrahmen:
<https://tinyurl.com/sc84h3e>